

Kapitel

Initiator*innen: Dorothea Staiger (KV Bremen Links der Weser (LdW))

Titel: **Ä131 zu WP2: Was wir als Gesellschaft brauchen**

Text

Von Zeile 3173 bis 3183 löschen:

~~Modellprojekt Elternvollzeit~~

~~Außerdem wollen wir ein **Modellprojekt Elternvollzeit** in der Verwaltung einführen und wissenschaftlich begleiten lassen. Dabei werden angelehnt an das Prinzip der Partner*innenmonate im Rahmen des Elterngeldes Lohneinbußen von Eltern von Kindern unter 12 Jahren kompensiert. Bedingung dafür ist, dass beide Elternteile im selben Zeitraum ihre Arbeitsstunden reduzieren und maximal 35 aber auch nicht weniger als 25 Wochenstunden arbeiten. Für Alleinerziehende soll das selbstverständlich auch möglich sein. In der wissenschaftlichen Begleitung soll evaluiert werden, was so eine Elternvollzeit für die Lebenszufriedenheit von Familien und Geschlechtergerechtigkeit leisten kann. Wir wollen uns über den Bundesrat auch für die Elternvollzeit auf Bundesebene einsetzen.~~

Begründung

Grundsätzlich ist ein solches Projekt sicher begrüßenswert. Ein solches Modellprojekt ist allerdings bislang weder diskutiert noch ausgearbeitet. Für welchen Zeitraum soll ein solches Modellprojekt Lohneinbußen kompensieren? Bei den Partner*innenmonaten im Rahmen des Elterngeldes geht es um zusätzliche 2 Monate.

Die zusätzlichen Kosten für dieses Modellprojekt trägt das Land Bremen. Die Kosten für die Elternzeit trägt hingegen der Bund (2013 jährlich 4,9 Milliarden €). Wenn zwei Eltern die Arbeitszeit um 5 und um 15 Wochenstunden reduzieren, wären das 80 Stunden im Monat. Bei einem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 4.345 Euro (stat. Landesamt Bremen 2021) entspricht dies ganz grob gerechnet in etwa zusätzlichen Kosten von ca. 1.100 € pro Monat. Gehen wir einmal davon aus, dass 50 Familien (nicht mehr, weil es ja ein Modellprojekt sein soll) von der Elternvollzeit Gebrauch machen, wären das zusätzliche monatliche Kosten für das Land Bremen in Höhe von 55.000 €. Wenn eine wissenschaftliche Begleitung gemacht werden soll, muss das Modellprojekt schon über eine gewisse Dauer laufen, um belastbare Ergebnisse zu bekommen. Gehen wir einmal von einem Jahr aus. Dann belaufen sich die zusätzlichen Kosten auf $55.000 \times 12 = 660.000$ €.

Abgesehen von den Kosten: Wer entscheidet, welche Familien an diesem Modellprojekt teilnehmen können? Und wie wollen wir rechtfertigen, dass nur Familien im öffentlichen Dienst an diesem Modellprojekt teilnehmen können? Es würde sicher nicht gut ankommen, wenn ausgerechnet für die Bediensteten des Landes Bremen zusätzliche Vorteile geschaffen würden.

Deshalb: bevor wir ein solches Modell in unser Wahlprogramm schreiben, sollte es ordentlich ausgearbeitet werden.